

Es muss nicht immer ein Schwabe sein

Der Deutschtürke Cetin Karanci ist Feuerwehr-Kommandant / Kanzlerin bezeichnet Ehrenamt als Integrationshilfe

Von Elisa Schwarz und Christine Luz

Neubulach. Der schwäbische Dialekt kommt Cetin Karanci genauso leicht über die Lippen, wie das türkische Wort »etfai« für Feuerwehr. Ein Begriff, der in seinem Fall für eine erfolgreiche Integration steht: Vor Kurzem wurde der Deutschtürke zum Kommandanten der Neubulacher Feuerwehr gewählt.

Seit 18 Jahren ist Cetin Karanci Mitglied der Einsatztruppe im Kreis Calw. Sein Interesse an Technik, insbesondere an Feuerwehrautos, hat den Familienvater einst zum Eintritt bewogen.

Karanci wurde in der Türkei, genauer in Kaman, als Sohn eines türkischen Gastarbeiters geboren. Wenig später folgte er mit seiner Mutter und den Geschwistern dem Vater nach Deutschland. In seinem Elternhaus wurde nur Türkisch gesprochen, Deutsch lernte Karanci erst im Kindergarten. Dass er einmal Kommandant der fünf Abteilungen umfassenden Neubulacher Wehr werden würde, hätte er sich damals wohl nicht träumen lassen.

Vielleicht schwebte Kanzlerin Angela Merkel jemand wie Karanci vor, als sie kürzlich der Illustrierten »Bunte« sagte, dass die guten Beispiele von Migranten im Ehrenamt bekannter gemacht werden



Cetin Karanci ist als Feuerwehrkommandant in Sachen Ehrenamt bestens integriert, Foto: Schwarz

sollten, damit sie Schule machen. Sie appellierte an die in Deutschland lebenden Ausländer, sich stärker ehrenamtlich zu engagieren. Dies würde »einen großen Schritt zur Integration in unsere Gesellschaft bedeuten.«

Die Bereitschaft dazu ist je-

doch besonders unter jungen Migranten gering. Nur knapp zehn Prozent von ihnen leisten beispielsweise ein Freiwilliges Soziales oder Ökologisches Jahr. Im Vergleich: In der Gesamtbevölkerung dieser Altersgruppe sind es etwa 40 Prozent.

Auch Cetin Karancis Start bei der Freiwilligen Feuerwehr war nicht frei von Misstrauen. Sein Migrationshintergrund war damals nicht für alle selbstverständlich. »Es wurden viele Gerüchte verbreitet,« erinnert er sich. Aber es habe sich nie jemand

getraut, sich direkt und offen an ihn zu wenden.

Mittlerweile beschreibt er das Verhältnis als sehr gut. Auch privat verbringt er mehr Zeit mit seinen Kollegen. »Mein Ziel als Kommandant ist es, diesen Zusammenhalt weiter zu stärken«, betont er. Sein langjähriges ehrenamtliches Engagement hat dem Migranten viele Türen geöffnet und zu mehr Akzeptanz in seiner neuen Heimat geführt.

Doch nicht nur die Zuwanderer selbst können vom Ehrenamt profitieren. Soziale Einrichtungen sind vielfach auf ehrenamtliche Hilfe angewiesen. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht zum 1. Juli und dem damit einhergehenden Ende des Zivildienstes wird dieser Engpass noch verschärft.

Von interkulturellen Freiwilligendiensten hätten alle Beteiligten Vorteile. Das Problem: »Viele junge Leute kennen die Möglichkeiten noch gar nicht«, meint Gökay Sofuoglu, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde Baden-Württemberg. Deswegen mache die türkische Gemeinde mit Flyern auf die Möglichkeit eines solchen Dienstes zwischen Schulabschluss und Studium oder Berufsausbildung aufmerksam.

Cetin Karanci trägt auf seine Weise dazu bei, ehrenamtliche Helfer zu gewinnen. Von seinen drei Kindern sind die beiden Jungen bereits in der Jugendfeuerwehr. Die neunjährige Tochter muss noch warten, bis sie ihren zwölften Geburtstag gefeiert hat.

Diözese lobt grün-rote Pläne für Familien

Rottenburg/Stuttgart. Vorschusslorbeeren hat die geplante Familienpolitik der neuen Landesregierung von der Diözese Rottenburg-Stuttgart erhalten. Als »wegweisend« bezeichnete Ordinariatsrätin Irme Stetter-Karp die Pläne der grün-roten Landesregierung zur Kindererziehung und Familienbildung gestern in Stuttgart. Mit dem im Koalitionsvertrag festgelegten Plänen werde die »Unübersichtlichkeit von Projekten und Modellen« der letzten Jahre beendet. Stetter-Karp lobte insbesondere Pläne zur alltagsintegrierten Sprachförderung, den Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren sowie den Aktionsplan zum Ausbau der Erzieherberufe. Damit sei die grün-rote Koalition den Forderungen der Kirche nachgekommen, sagte die für Kindertagesstätten zuständige Ordinariatsrätin.

KURZ NOTIERT

Mann soll Fußgänger totgefahren haben

Rottweil. Ein 25-jähriger Autofahrer soll Ende 2010 bei Spaichingen (Kreis Tuttlingen) einen Fußgänger getötet haben. Dafür muss er sich seit gestern vor dem Landgericht Rottweil verantworten. Der Angeklagte soll bemerkt haben, dass er den Betrunkener erfasst hat und daraufhin zurückgekehrt sein. Er habe dem 32-Jährigen jedoch nicht geholfen. Die Staatsanwaltschaft hat ihn wegen fahrlässiger Tötung, versuchten Mordes und Unfallflucht angeklagt. Der Mann beteuerte vor Gericht, er habe am Unfallort nichts erkennen können.

58-jährige Frau stirbt bei Unfall

Mulfingen. Eine 58 Jahre alte Frau ist bei einem Unfall auf einer Landesstraße bei Mulfingen im Hohenlohekreis ist getötet worden. Die Frau geriet gestern Morgen aus noch unbekanntem Gründen mit ihrem Auto auf die Gegenfahrbahn und stieß mit einem entgegenkommenden Fahrzeug zusammen. Ihr Auto überschlug sich, die Frau starb noch an der Unfallstelle. Die 41 Jahre alte Fahrerin des anderen Fahrzeuges wurde schwer verletzt.

»Jeden Tag kommt ein Stapel dazu«

OB Schuster fordert zur Städtetagsversammlung Geschlossenheit

Von Anna Schürmann

Stuttgart. Stuttgarts Oberbürgermeister Wolfgang Schuster (CDU) fordert eine Stärkung der Kommunen bei der heute beginnenden Hauptversammlung des Städtetags in der Landeshauptstadt. Es sei wichtig, dass der Verband geschlossen gegenüber Bund und Ländern auftrete, sagte er im Gespräch mit der Nachrichtenagentur dpa. Schließlich stehe der Städtetag für 50 Millionen Menschen.

Ein Thema, das den Kom-

munen unter den Nägeln brenne und auch ab heute auf der Tagesordnung stehe, sei die Schuldenbremse. Die im Gesetz verankerte Regelung dürfe nicht zulasten der Kommunen gehen. »Der Bund darf sich hier nicht bei den Kommunen bedienen«, so Schuster. Und er betonte: »Nur wenn die Städte stark sind, können Bürger mitgestalten.«

Auf der Agenda der Hauptversammlung stehen Bildung, Stadtentwicklung, Personalwirtschaft, die Schuldenbremse und die weltweite Vernet-

zung. Derzeit muss wegen Bundesvorgaben etwa das Bildungspaket für bedürftige Kinder umgesetzt werden. Vor Ostern hatte Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) einen runden Tisch einberufen, um über die Anlaufschwierigkeiten zu sprechen. »Jetzt schreiben wir 16 600 Leistungsempfänger an, um sie über das Bildungspaket zu informieren«, sagte Schuster. 1000 Anträge seien bisher eingegangen »und jeden Tag kommt ein neuer Stapel hinzu.«



Millionen für ein Bahnhofsgebäude

Neue Fenster und Türen, eine moderne Heizung und ein gedämmtes Dach: In Esslingen wurde gestern das mit 1,4 Millionen Euro modernisierte

Bahnhofsgebäude vorgestellt. Die Bahn hat fünf historische Bahnhofsgebäude im Land mit Mitteln der Konjunkturpakete saniert. Foto: Weißbrod

MEINUNG DER LESER

Was wollen die Grünen?

Betrifft: Proteste gegen das Pumpspeicherwerk Atdorf

Am Hochrhein wehren sich Grünen-Politiker vehement gegen den Bau eines Pumpspeicherwerks. Es soll bei Atdorf gebaut werden. Das ist eine sinnvolle Art der erneuerbaren Energiegewinnung. Sie wurde von unserer CDU-Landesregierung in die Wege geleitet. Weshalb sind die Grünen gegen diese erneuerbare und saubere Energiegewinnung, die sie immer fordern? Wasch mir den Pelz, aber mache mich nicht nass, so denkt man offenbar im Hotzenwald. Wollen die Grünen unsere wunderschönen Schwarzwaldberge mit relativ ineffizienten Windrädern total verschandeln? Dort, wo sie die Landschaft nicht derart entstellen würden, in der Nordsee, von dort aus wollen sie keine neuen Starkstromleitungen, die die gewonnene Energie in Deutschland verteilen müssen. Bei den Grünen kommt sowieso der Strom immer aus der Steckdose! Die Grünen sind eine Partei, die



Protestparolen gegen das neue Pumpspeicherwerk bei Atdorf prangen auf Ballen. Foto: Haid

gegen alles ist. Was wollen sie eigentlich, so frage ich mich schon seit Langem? Alles abschalten, unsere florierende Wirtschaft abwürgen und viele Arbeitsplätze gefährden? Wollen sie, dass wir abends wieder bei Kerzenlicht zusammensitzen?

Gerhard Merschroth
Weil am Rhein

Kirche macht sich überflüssig

Betrifft: Artikel »Kann denn Liebe Sünde sein?« vom 18. April auf der Seite Kultur

Wenn die Kirchenverwaltung keine wichtigeren Themen auf die Tagesordnung der Synode bringt, als sich über das Thema »Homopaare in Pfarrhäusern« zu streiten, dann macht sie sich überflüssig. Zu Luthers Zeiten war der Ablasshandel einer der Gründe für die Kirchenspaltung und die Geburtsstunde der Reformation. Das Homopaarthea unter Pfarrern könnte jetzt ein Grund für eine Kirchenspaltung werden. Unter diesen Vorzeichen können Kirchengemeinden auf die Besetzung einer Pfarrdienststelle verzichten. Berufe mit uneingeschränkter Vorbildfunktion sind an unumstößliche Regeln gebunden. Wenn diese Regeln für Kirchenfürsten nicht mehr klar sind, dann sind sie fehl am Platze. Die Kirche hat die Aufgabe, die Gemeinden zu stärken und nicht zu verunsichern und zu spalten.

Oskar Dürr
Neuweiler

Durchsichtiges Vorhaben

Betrifft: Artikel »Politiker wollen mehr Geld« vom 7. April auf der Titelseite

Man könnte meinen, dass sich alle Parteien bei der Diätenerhöhung so schnell einig waren, sei doch eine gute Nachricht für uns Steuerbürger: Nach dem Motto »Na also, es geht doch?« Was mich dabei besonders stört, ist der wiederholte Anspruch aller 621 Abgeordneten auf Gleichstellung mit den obersten Bundesrichtern. Dafür gibt es nach meiner Überzeugung jedoch keinen stichhaltigen Grund (Stichworte: Nebentätigkeit, Unbestechlichkeit, Verantwortung). Dieses durchsichtige Vorhaben der Volksvertreter soll meines Erachtens nur zweierlei bewirken: Einerseits die jeweils automatische Anhebung der Diäten; andererseits diese unpopulären Aktionen aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit zu nehmen. Dafür gibt es sicher keine Zustimmung von uns Steuerbürgern!

Alfred Hiller
Calw

Dreiste Kampagne

Betrifft: Artikel »Die schwarze Pest bringt böses Blut« vom 19. April auf »Dritte Seite«

Es ist schon eine Frechheit, wie der Mineralölkonzern BP das Blatt zu seinen Gunsten zu wenden versucht. Mit über-



Die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko hat viele Vögel das Leben gekostet. Foto: Anderson

teuerten Entschädigungen könnte sich der eine oder andere Betroffene sogar noch über diese Umweltkatastrophe freuen. In jedem Fall aber weiß BP sehr genau, wie man die Menschen mundtot macht. Mich würde interessieren, wie viel BP dafür gezahlt hat, dass die Fischgründe vor der US-Golfküste längst wieder freigegeben werden wurden, weil angeblich keine Ölrückstände in Fisch gefunden wurden.

Viola Gärtner
Bad Liebenzell

SCHREIBEN SIE UNS

Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Richten Sie Ihre Briefe bitte an folgende Adresse:

Schwarzwälder Bote
Redaktionsgesellschaft mbH
Postfach 13 80
78722 Oberndorf a. N.
Fax: 07423/7873
E-Mail: leserbriefe@schwarzwaelder-bote.de

Vergessen Sie bitte nicht Ihre Adresse und Ihre Unterschrift.